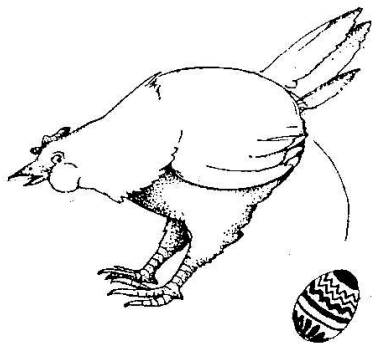
newsletter der bonner spd-ratsfraktion

märz/april 2004 - nr. 3

Inhalt:

1. Gewerbesteuerrückzahlung
2. IKBB
3. Innovationsstadt Bonn
4. 10 Jahre Ausgleichsvereinbarung
5. Sparkassen
6. Wirtschaftsempfang der SPD
7. Bahnhofsvorplatz
8. Umbau Bertha-von Suttner-Platz
9. Verzicht auf Südtangente
10. K12 n
11. Offene Ganztagsgrundschule
12. Soziales - Heroin-Projekt
13. Bonner Mietspiegel
14. Sponsoring - Koblenzer Tor
15. Am Rande bemerkt - Umzugswerbung für Berlin
16. Hinweise und Links

Frohe Ostern!



---

1. Investitionen in die Zukunft der Stadt bleiben nötig - Soziales Bonn bewahren

Die Stadt Bonn muss an ein großes Unternehmen 135 Millionen Euro Gewerbesteuer zurückzahlen. Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann informierte darüber in einem Gespräch die Fraktionsvorsitzenden. Sie vereinbarten, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen wie man dem Problem Herr werden kann. Die Gemeinsamkeit währte nicht lange. Bereits in der Ratssitzung am selben Abend vergaß die CDU alles und pöbelte gegen die Oberbürgermeisterin. Die Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin der CDU enthielt sich vornehm jeder Äußerung. (Siehe dazu die Pressemeldungen im Bonner Generalanzeiger, Bonner Rundschau und Express vom 26/27. März 04)
http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/artikel.php?id=71202
http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/artikel.php?id=71204
http://www.express.de/servlet/Satellite?pagename=XP/index&pageid=1004370693392&rubrik=268&artikelid=1079341865107&regid=1

Für die SPD-Fraktion erklärte deren Vorsitzender, Wilfried Klein, zu der veränderten städtischen Finanzsituation, dass die Rückzahlung der Gewerbesteuer zwar nicht ganz überraschend komme, in der Höhe aber eine erhebliche Belastung für den kommunalen Haushalt darstelle.
Die SPD-Fraktion unterstützt die Sofortmaßnahmen der Verwaltung (Haushaltssperre von 30 %, Höhergruppierungs- und Beförderungsstopp, Anwendung noch schärferer Maßstäbe bei Investitionen und über- und außerplanmäßigen Ausgaben). Klein wies aber auch darauf hin, dass die Zuschussempfänger im sozialen und kulturellen Bereich sowie im Sport von der Haushaltssperre im Jahre 2004 nicht betroffen sind. "Dies entbindet nicht von Nachdenken und Gesprächen für die künftigen Jahre. Hier kommt eine große Aufgabe auf die Haushaltsberatungen 2005/2006 zu, die rechtzeitig angepackt werden muss. Die CDU scheint ihrer Rolle als Mehrheitspartei nicht gewachsen zu sein und schielt mehr auf die Verwaltung als auf eigene Vorschläge. Von ihr erwarten wir daher keine wirklichen Impulse für die Haushaltskonsolidierung" so Wilfried Klein.
Nachdrücklich machte Wilfried Klein darauf aufmerksam, dass die Kommunen auf der Einnahmenseite eine stabilere Grundlage brauchen. Eine umfassende Gemeindefinanzreform sei schließlich an der CDU, die die Gewerbesteuer abschaffen wollte, gescheitert.

Allerdings, so Klein, machen die Regelungen zur Mindestbesteuerung zumindest Hoffnung, dass sich das Steueraufkommen für Bonn insgesamt in den nächsten Jahren steigern wird.
Wilfried Klein: "Bei aller Ernsthaftigkeit des Sparkurses muss klar sein, dass notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt nicht reduziert oder gar gestoppt werden dürfen. Auch die soziale und kulturelle Infrastruktur darf nicht kaputt gespart werden".

2. Internationales Kongresszentrum Bundeshaus Bonn / IKBB

Zu den notwendigen Investitionen für Bonn zählt das IKBB. Wilfried Klein: „Jeder EURO für das IKBB ist gut angelegtes Geld zur Finanzierung einer Zukunftsinvestition für Stadt und Region". Für die Sozialdemokraten stellt das IKBB die unerlässliche Voraussetzung für die Stabilisierung und den weiteren Ausbau der internationalen Kongressstadt Bonn dar. „Ohne das IKBB werden wir weder dem UN-Status gerecht noch wird es uns gelingen, den Kongresstourismus zu steigern, der für Hotels und Gastronomie unersetzlich ist.
„Nachdem die Ausschreibung im letzten Jahr keine fassbaren Erfolge ergeben hat, ist auf dem Verhandlungswege nun ein sehr interessantes Konsortium zusammengebracht worden. So wird über die gemeinsame Besitzgesellschaft zwischen Stadt und Investoren – neben dem sonstigen vertraglichen Regelwerk – auch sichergestellt, dass die öffentliche Hand einen ihrem finanziellen Engagement entsprechenden Einfluss behält.
Der Rat hat das Konzept in seiner letzten Sitzung am 25.3.04 beschlossen und damit einen weiteren Schritt zur Realisierung der Erweiterungsbauten für das Internationale Kongresszentrum Bundeshaus Bonn (IKBB) getan.
Zunächst war die CDU wieder versucht, den Bund bei der Bestandsunterhaltung zusätzlich in die Pflicht zu nehmen.
Die SPD-Fraktion merkt dazu an: Der Bund steht nach dem Vertrag vom Februar 2002 in der Verantwortung, sich um die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen und deren Unterbringung zu bemühen. Das hat er bislang auch getan.
a) Durch die Entscheidung für den Aufbau des UN-Campus. Die Sanierung der Bestandsgebäude Langer Eugen und Altes Abgeordnetenhochhaus geschieht in alleiniger Verantwortung des Bundes. Der Bund investiert dort über 63 Mio € und schafft eine räumliche Arbeitsplatzreserve für 3-400 Beschäftigte.
b) Die Mehrheitsfraktionen im Bundestag haben sich dafür ausgesprochen, Bonn als Internationales Zentrum weiter zu unterstützen, u. a. durch die Ansiedlung eines Weltentwicklungsforums auf dem Petersberg. Darüber hinaus hat das Land 5 Mio € für die Bildung der Rücklage und 35 Mio € an Baukostenzuschuss - zur Kompensation der UN-bedingten Belastungen - zur Verfügung gestellt.
Zusammengefasst: Der Bund kommt seiner Verantwortung nach.

Die SPD-Ratsfraktion sieht den Bund weiter in der Pflicht, bei der Anwerbungen neuer Organisationen. Wilfried Klein: „Wir sollten uns hierauf konzentrieren und den Bund dabei im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen, z.B. für die Vertragsstaatenkonferenz PIC und POP, (PIC -prior informed consent und POPs persistant organic pollutants) im September in Genf. Dort wird u. a. entschieden, ob Genf, Rom oder Bonn Sitz der Organisationen wird“.
Mitteilungsvorlage: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0410647.htm
Über neue Organisationen bekommen wir zusätzliche Veranstaltungen nach Bonn; davon profitieren Hotellerie und Gastronomie, wird das internationale Profil der Stadt geschärft, mit allen Folgewirkungen für weitere Ansiedlungsentscheidungen. Jeder internationale Gast in Bonn - auch bei Veranstaltungen der Global Player im IKBB - ist ein Botschafter Bonns, für neue Ansiedlungen".

3. 10 Jahre Ausgleichsvereinbarung

Die Ausgleichsvereinbarung mit dem Bund, die vor 10 Jahren nach dem Umzug der Regierung für den Strukturwandel von Bonn und der Region geschlossen wurde, geht mit diesem Jahr zu Ende. Bis Ende dieses Jahres sollen die 1,4 Milliarden Euro investiert sein, die der Bund, sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt haben. Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hat dies auf einer Pressekonferenz dieser Tage gewürdigt. Dazu mehr unter:

http://www.bonn.de/imperia/md/content/ratundverwaltunbuergerdiensteonline/topthema/6.pdf

4. Innovationsstadt Bonn

Wilfried Klein und Martin Schilling, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Bonn (AGS) und Wahlkreiskandidat für die Bonner Innenstadt, begründeten in einer Pressekonferenz die Vorstellungen und Auffassungen der SPD-Fraktion für die Zukunft Bonns.
Hauptaugenmerk muss auf dem Ausbau der internationalen Stadt Bonn mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen liegen. Trotz des augenblicklichen Einbruchs im Haushalt durch die Gewerbsteuerrückzahlung zeigen die Daten zur Wirtschaftslage Bonns, dass die Stadt und Region im Vergleich zu anderen Regionen und Städten wirtschaftlich gut aufgestellt ist.
Verbessert werden muss die **Anbindung von Bonn an die ICE-Strecke und an den Flughafen.** Die zurzeit geplanten Anbindungen an den Flughafen sind nicht zufriedenstellend. Der Flughafen-Bahnhof ist mit Ausgleichsmitteln finanziert worden. Bonn ist da kein Bittsteller, sondern hat Anrechte auf eine vernünftige Anbindung des Arbeitsplatzschwerpunktes im ehemaligen Regierungsviertel an den Flughafen. Wir nehmen die Eröffnung der Flughafenschleife im Juni zum Anlass, um nochmals auf dieses berechtigte Anliegen hinzuweisen.
Medienstandort Bonn: Deutsche Welle, Phoenix, WDR, regionale Zeitungen und Sender, ergänzt durch viele Unternehmen aus dem Bereich der Informationstechnologien, sind ein wichtiges Standbein für den Medienstandort Bonn. Die Nähe zu Köln stärkt diesen Standort zusätzlich. Um diesen Medienstandort Bonn zu sichern und zu entwickeln, ist es notwendig, die eigenen Potenziale mit denen der Region zu bündeln.
Bonn Drehscheibe internationaler Wirtschaftsbeziehungen.
Internationale Beziehungen, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft müssen besser verzahnt werden. Hierzu bedarf es des Zusammenwirkens aller Akteure. In Köln haben sich IHK und Wissenschaft zu einer engeren Zusammenarbeit verabredet, in Bonn gibt es dazu vielfältige Ansätze.

5. Sparkassen

Die SPD-Ratsfraktionen Köln und Bonn begrüßen den bevorstehenden Zusammenschluss der Stadtsparkasse Köln und der Sparkasse Bonn zur **Sparkasse KölnBonn** ausdrücklich. Mit der Fusion wird ein leistungsfähiges Institut im Rheinland entstehen, das sowohl den Privatkunden als auch der Wirtschaft kompetent und umfassend zur Seite stehen wird. Dass die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend berücksichtigt werden, ist für die Sozialdemokraten selbstverständlich.
"Der Wirtschaftsraum Köln/Bonn wächst mehr und mehr zusammen. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Region auch über eine gemeinsame Sparkasse verfügt. Bonn und Köln gehen mit der Sparkassenfusion neue Wege. Wir sind überzeugt, dass es ein guter und auch langfristig gemeinsamer Weg ist, der noch weitere gemeinsame Vorhaben hervorbringen wird. Die Sozialdemokraten in der Region sind zu einer weiteren Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit bereit", so Martin Börschel und Wilfried Klein, die Vorsitzenden der Ratsfraktionen Köln und Bonn, in einer gemeinsamen Erklärung.

6. Wirtschaftsempfang der SPD

Am 1.April 2004 fand ein Wirtschaftsempfang der SPD zum Thema "Europa" im Forum des Volksbankhauses statt. Hausherr Rudolf Müller, Sprecher des Vorstandes der Volksbank Bonn/Rhein-Sieg, hieß die Gäste des Wirtschaftsempfangs herzlich willkommen und prognostizierte eine positive Perspektive für die regionale Wirtschaft. SPD-Fraktionsvorsitzender Wilfried Klein begrüßte Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und den Unternehmer und Kandidaten für das Europäische Parlament, Vural Öger sowie den Europaabgeordneten Wilfried Kuckelkorn und die Bonner Kandidatin für das Europaparlament, Nicole Groß. Unter den 200 Gästen waren Michael Kranz, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bonn, Michael Garvens, Geschäftsführer der Flughafen Köln/Bonn GmbH, NRW-Finanzminister Jochen Dieckmann und Werner Hundhausen, Verlagsleiter des Generalanzeigers. Klein wies in seinem Eingangsstatement auf die

wachsende wirtschaftlich starke Bonner Region hin, die gut für ein größeres Europa aufgestellt sei.
Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, die Vizepräsidentin der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ist, sieht für "Europa und seine Regionen" eine große Chance. In einem größeren Europa mit dann 450 Millionen Menschen unterschiedlichster kultureller Identität werden die Regionen mehr Gewicht erhalten.
Vural Öger, Geschäftsführer der Öger-Tours GmbH, Hamburg, erwartet positive Entwicklungen für die Bürgerinnen und Bürger im erweiterten Europa mit Wachstum, Wohlstand und Arbeit. Er hat frühzeitig erkannt, dass man europaweit bzw. weltweit agieren muss. Vural Öger ist "nicht nur" Geschäftsmann, sondern auch engagierter Politiker. Er setzt sich ein für Verständigung und Integration, er ist Gründer der Deutsch-Türkischen Stiftung und Mitglied der Zuwanderungskommission der Bundesregierung.
Der Abend war informativ und zugleich auch hoffnungsvoll. „Viele Hürden sind in Europa noch zu nehmen, viele Empfindlichkeiten abzubauen aber trotz allem, so Wilfried Klein abschließend, gehört Europa die Zukunft“.

7. Bahnhofsvorplatz

Wichtiges Projekt für Bonn - Bebauung des Bahnhofsvorplatzes.

Für die SPD Fraktion ist eine ausführliche Bürgerbeteiligung für dieses Projekt zwingend. Derzeit können sich die Bürgerinnen und Bürger im Info-Point am Bonner Bahnhof bis zum 23.4.04 über die geplante Bahnhofsvorplatzbebauung informieren. Neben Plänen, Ansichten, Modellen und 3D-Animationen stehen auch kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. SPD-Planungssprecher Werner Esser ist viel daran gelegen, mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürger über die Aspekte der geplanten Bebauung zu diskutieren.
Bericht über den Info-Point im Generalanzeiger unter: http://www.general-anzeiger-bonn.de/index_frameset.html?/news/artikel.php?id=71223

Über die Art der zukünftigen Bebauung gibt es unterschiedliche Meinungen. Werner Esser: "Wir erleben es in Planungsprozessen immer wieder, dass durch eine intensive Beschäftigung mit der Thematik die Akzeptanz größer wird".
Die Pläne sind im Internet zu sehen unter:
http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/bahnhofsbereich/index.html
Die SPD-Ratsfraktion ist der Auffassung, dass eine vorsichtige Ergänzung des Angebots in der Innenstadt durch ein Geschäft aus dem Bereich Unterhaltungselektronik und ein Lebensmittelgeschäft an dieser Stelle nicht schaden kann, sondern die Innenstadt attraktiver machen wird. Bonn hat eine weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Kaufkraft; diese bleibt aber noch in einem zu geringen Anteil in Bonn.
Siehe auch:
http://www.ksta.de/artikel.jsp?id=1080836770777
"Wir wollen eine attraktive Bonner Innenstadt. Einkaufscenter auf der "Grünen Wiese" würden zu einer Verödung unserer Innenstadt führen", so Werner Esser.
Esser steht auch zu einem telefonischen Meinungsaustausch zur Verfügung.
Er ist am **19.04.2004 zwischen 15.00 Uhr und 16.30 Uhr unter 0228-775107** zu erreichen.
Am **21.4. 04 findet um 19.00 Uhr** im Foyer des Stadthauses eine Bürgerversammlung zur Bahnhofsvorplatzbebauung statt.

8. Umbau Bertha-von-Suttner Platz muss 2005 kommen.

Notfalls Vorfinanzierung durch die SSB

Der Bertha-von-Suttner-Platz ist ein so zentraler Umsteigeplatz für die Bonner Innenstadt, dass dessen Realisierung nicht verschoben werden darf, fordert SPD-Planungssprecher Werner Esser. Dazu ist nötig, dass der Bau des Platzes in das nächste ÖPNV-Landesprogramm 2006-2009 aufgenommen wird. Dann wäre eine Vorfinanzierung der Maßnahme durch die SSB möglich.
Im Rhein-Sieg-Kreis hat die SSB, in der die elektrischen Bahnen von Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis zusammengefasst sind, bereits Maßnahmen vorfinanziert. Dies ist auch für den Bertha-von-Suttner-Platz möglich, glaubt Werner Esser, der diese Frage in den

zuständigen Gremien (SSB und SWB) bereits angesprochen hat. Ein Baubeginn wäre dann 2005 möglich.

9. Verzicht auf Südtangente

Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der Region stellen klar: Klares Nein zur Südtangente - "Kein Bedarf" - CDU soll endlich nahe liegende Lösungen unterstützen.

Die Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Bonner Stadtrat und im Kreistag Rhein-Sieg haben in einer gemeinsamen Erklärung klargestellt, dass sie nach wie vor und unverändert für die Streichung der Südtangente in all ihren Abschnitten aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWPlan) eintreten. "Die Straße ist aus finanziellen, verkehrspolitischen und ökologischen Gründen nicht vertretbar. Sie muss daher im BVWPlan in die Kategorie 'Kein Bedarf' zurückgestuft und damit endgültig beerdigt werden." Die Kommunalpolitiker weisen daraufhin, dass die ständige Wiederholung der Forderung nach der Südtangente die Suche und das Finden von alternativen Lösungen für die Verkehrs-Probleme der Menschen im Siebengebirgsraum verhindert. "Seit vielen Jahren nun wird den Menschen die Illusion verkauft, mit diesem schädlichen und nicht finanzierbaren Mammutprojekt mitten durch Naherholungsgebiete würden ihre Probleme gelöst. Diese Illusion verstellt den Blick für nahe liegende Lösungen und bindet Planungskosten, die für sinnvollere Lösungen besser genutzt würden."

SPD und Bündnis 90/Die Grünen gehen davon aus, dass der Bundesverkehrswegeplan dem Vorschlag des Landes NRW folgt und die Südtangente abschließend zu den Akten legt. "Wir setzen uns dafür ein. Die CDU in der Region fordern wir auf, endlich das unsinnige Projekt aufzugeben und mit uns gemeinsam nach sinnvollen Lösungen zu suchen."

10. K 12 n

Eröffnung der K 12 n schafft Voraussetzung für deutliche Entlastung von Dransdorf und Lessenich/Messdorf vom Durchgangsverkehr - Weitere Maßnahmen müssen aber folgen - Neubaugebiet "Am Bruch" gefährdet Entlastungswirkung

Die K 12 n ist seit dem 1.4.04 offiziell für den Verkehr freigegeben. Wilfried Klein, Stadtverordneter für Dransdorf und Lessenich/Messdorf: "Das lange Warten hat ein Ende. Mit der Straße sind endlich die Voraussetzungen geschaffen, um Dransdorf und Lessenich/Messdorf deutlich vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Die Anwohner der betroffenen Straßen haben Grund zum kräftigen Durchatmen".

Wilfried Klein weist aber darauf hin, dass es mit der Straße alleine noch nicht getan ist. Viele Maßnahmen seien mit Blick auf die noch zu bauende Straße zurückgestellt worden. "Nun ist es Zeit, dass auch diese in Angriff genommen werden, damit die Straße ihre volle Wirkung entfalten kann und die Anwohner nachhaltig entlastet werden".

11. Offene Ganztagsgrundschule

Der Rat hat in der letzten Sitzung auch der Errichtung weiterer Offenen Ganztagsgrundschulen in Bonn zugestimmt. Nach dem erfolgreichen Start in fünf Schulen werden nun sechs weitere Schulen "Offene Ganztagsgrundschulen" (Kästner-, Eulenspiegel-, von-Wied- und Ennertschule, KGS Ippendorf, Pestalozzischule).

Das Konzept der OGS überzeugt durch die Praxis. Wichtig ist, dass jede Schule entscheidet, welches Konzept zu ihr passt. Parallel laufen die Vorbereitungen zu baulichen Veränderungen an den jeweiligen Standorten.

Ärgerlich sind die immer wieder aufs Neue von der CDU angezettelten Diskussionen um die OGS. Die Vorwürfe der CDU sind nach wie vor von Sturheit und großer Unkenntnis geprägt. So hatte sie zunächst für den Hauptausschuss beantragt, in der nächsten Runde Schulen nach dem Modell der Ennertschule "bevorzugt" zu behandeln. Dabei war zum Zeitpunkt der Beschlussfassung deren Konzept noch gar nicht veröffentlicht. Die Ennert-Schule plant, den schulischen Unterricht auch auf den Nachmittag auszudehnen. Das mag für die Ennert-Schule der richtige Weg sein, kann aber nicht ohne weiteres auf andere Schulen übertragen werden. Die SPD-Fraktion wird das Konzept der Ennert-Schule ebenso aufmerksam verfolgen, wie alle anderen Konzepte. Die SPD-Fraktion vertritt den Standpunkt, dass jede Grundschule, die sich am offenen Ganztag beteiligen will, ihr eigenes Konzept erarbeiten sollte. Das schließt natürlich den Austausch mit den bereits be-

stehenden offenen Ganztagsgrundschulen nicht aus; im Gegenteil, die Erfahrungen, die von diesen Schulen bereits gesammelt wurden, sollten selbstverständlich genutzt werden. Die Vielfalt der Angebote muss erhalten bleiben, deshalb kann das „Modell Ennert-Schule“ eben nur ein Angebot unter vielen sein.
Wenig hilfreich sind auch Artikel, wie die der CDU-Kreisvorsitzenden Pia Heckes. In einem Unionsblättchen aus Beuel behauptet sie, dass "nach der Schule in der OGS nur betreute Freizeit stattfindet". Das ist ebenso falsch wie die Behauptung, die OGS würde keine Betreuung in den Ferien anbieten. Dass die CDU immer noch den Eindruck erweckt, dass in Bonn die Mehrzahl der Schulkinder in Horten betreut werden könnten, ist eine bewusste Irreführung. Es ist zu hoffen, dass die CDU es auch hier mit diesem letzten Aufbäumen bewenden lässt.
Der SPD-Fraktion ist daran gelegen, dass sich sich Eltern, Schulen, Träger und die breite Öffentlichkeit über die Fortentwicklung der OGS-Konzepte austauschen und nicht immer wieder über die rückwärtsgewandten CDU-Argumente.
Mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 sollen weitere Offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet werden. Bereits in diesem Jahr haben insgesamt 13 Schulen ihr Interesse am offenen Ganztag bekundet. Sie konnten dann aber aus verschiedenen Gründen nicht alle berücksichtigt werden.

Um die Träger der offenen Ganztagsgrundschulen zu entlasten, hat der Rat beschlossen, ein sog. OGS-Büro einzurichten. Noch vor der Sommerpause wird die Verwaltung ein Konzept vorlegen.
Beschluss unter:
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0410422.htm
Mitteilungsvorlage der Oberbürgermeisterin zur OGS:
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0410422NV2.htm
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0410422ST6.htm

Pressemitteilung der Landesregierung NRW zur Weiterleitung des ersten Teils der Bundesmittel 2004 an die Schulträger – Kommunen können 93 Millionen Euro für Investitionen in Ganztagsgrundschulen abrufen
http://www.presseservice.nrw.de/01_textdienst/11_pm/2004/q1/20040329_03.html

12. Soziales

Heroin-Projekt: Zurzeit machen sich viele Bonnerinnen und Bonner um die Fortführung des Modellprojektes "Kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige" Sorgen, so Fraktionsvorsitzender Wilfried Klein. Nachdem das Projekt auch in Bonn heftig umstritten war und im Rat nur mit knapper Mehrheit beschlossen wurde, scheint es nach allen bislang vorliegenden Informationen erfolgreich zu verlaufen. Bonn war eines der ersten Projekte. Es ist zu hoffen, dass Bonn bis zum ordnungsgemäßen Abschluss des bundesweiten Modellversuchs mit Unterstützung von Bund und Land (weiter-) rechnen kann. In keinem Fall darf es zu einem Abbruch des Projektes aus finanziellen Gründen kommen. Ganz klar: Die Menschen, die an dem Projekt teilnehmen, stehen im Vordergrund, nicht die Finanzen.
In den nächsten Wochen soll es zu einer Klärung in diesem Sinne kommen. Wichtig ist, dass wir in dieser für viele Betroffene wahrhaft lebenswichtigen Frage sachlich angemessen und verantwortungsvoll beraten und entscheiden. Eine Neuauflage der Debatte von 2001/2002 muss uns erspart werden.
Beschlussvorlage der Verwaltung für die nächste Sitzung des Sozialausschusses unter:
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0410911.htm

13. Bonner Mietspiegel vom Rat verabschiedet

Zu finden unter:
http://www.bonn.de/imperia/md/content/umweltundgesundheit-planen-bauenundwohnen/wohnen/mietspiegel/mietspiegel_2004_text.pdf

14. Sponsoring

Werbung am Koblenzer Tor – SPD wirft Deutscher Stiftung Denkmalschutz „elitäres Geschwätz“ vor

In der Diskussion um die Werbung am Koblenzer Tor während der anstehenden Restaurierungsarbeiten hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn der DSD (Deutsche Stiftung Denkmalschutz) „elitäres Geschwätz“ vorgeworfen. Die Deutsche Stiftung für Denkmalschutz(DSD) lehnt Werbung während der Bauarbeiten auf den Bauplanen ab. Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „In welcher Zeit leben die eigentlich, dass die glauben, man könne mal so eben auf € 45.000,00 verzichten, um das Denkmal nicht mit dem schnöden Werbemammon in Kontakt zu bringen. Wer würde dabei denn Schaden nehmen? Mit 45.000 € könnten die öffentlichen Hände allerdings einige personelle Entlastung in Kindertagesstätten finanzieren.
„Ich habe als ausgebildeter Geschichtslehrer viel übrig für historische Sensibilität. Aber die Haltung der DSD führt mich zu der Vermutung, dass der Denkmalschutz finanziell offensichtlich in unserem Land zu gut gestellt ist. Da sollte jeder potenzielle Spender zukünftig mal in sich gehen.“

15. Am Rande angemerkt:

Zur Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung:

Wilfried Klein: „Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich den Brief aus Berlin geöffnet habe. Dass ein Berliner Maklerunternehmen mich zum Umzug nach Berlin bewegen will, kann ich ja noch nachvollziehen. Bei diesem Maklerunternehmen ist das aber der Hammer“. Klein ist Geschäftsführer einer kleinen Weiterbildungseinrichtung in Köln, die sich noch nie mit irgendwelchen Umzugsgedanken nach Berlin auseinandergesetzt hat. „Da schreibt offenbar jemand sämtliche Verbände und Institutionen in der Region an, um sie zum Umzug zu bewegen. Das ist ärgerlich genug.“ Die Zornesröte hat dem Bonner Sozialdemokraten aber ins Gesicht getrieben, dass es sich bei dem Maklerunternehmen um die Firma „Bosau Immobilienmanagement“ handelt, die von Edith Bosau geleitet wird. Frau Bosau ist in Bonn Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung und wirbt dort immer für die Stärkung des Standortes Bonn. Für mich hat die CDU-Mittelstandsvereinigung jedwede Glaubwürdigkeit verloren, wenn sie für die Stärkung des Standortes Bonn wirbt und ihre Vorsitzende Frau Bosau gleichzeitig bei jedem Umzug die Kasse klingeln hören kann.“

16. Hinweise und Links:

■ Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat eine neue Internet-Seite.

Eine ausgesprochen positive Bilanz der ersten Tage zieht die SPD-Fraktion im Rat der Stadt mit Blick auf ihr neues Internetangebot. Mehr als 100 Besucherinnen und Besucher zählen die Sozialdemokraten täglich. Unter www.spd-bonn-im-rat.de informieren sich die Bürgerinnen und Bürger über Arbeit und Personen der SPD-Fraktion. Besonders hebt die SPD hervor, dass viele Besucherinnen und Besucher von dem Angebot Gebrauch machen, sich mit ihren Anliegen über das Internet direkt an die Fraktion zu wenden. "Für uns ist das Internet eine nicht mehr wegzudenkende Ergänzung, um den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv führen zu können. Daher haben wir unser Angebot vollständig überarbeitet und darauf geachtet, dass die Nutzer schnell an die gewünschten Informationen gelangen. Das wird offenbar angenommen", freut sich Wilfried Klein,

Die newsletter sind auch auf der neuen homepage der spd-fraktion zu lesen unter:
http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/themen/5322/68948.html

■ Frauenmesse in Bonn

Erste Internationale Frauenmesse in Bonn vom 16. - 17. April 04 auf dem Bonner Münsterplatz "Frauen handeln! Fraueninitiativen verändern die Welt"

Frühjahrszeit ist Gartenzeit: Wohin mit dem Grünabfall?

Das Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft bietet einen besonderen Service an:
Bis Ende November fahren an 34 Standorten wöchentlich beziehungsweise 14-täglich Sammelfahrzeuge vor, deren Fahrer Grünabfälle unentgeltlich entgegennehmen.
Standorte und Annahmezeiten: nachzulesen im Abfallplaner-Terminheft 2004
http://www.bonn.de/imperia/md/content/umweltundgesundheit-planen-bauenundwohnen/abfall/10.pdf

Umweltaktionstag - Bonn präsentiert sich am 15. Mai „picobello“ Alle ziehen mit!

OB Bärbel Dieckmann: „Ich gehe davon aus, das der Umweltaktionstag ein großer Erfolg wird und von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, ihre Stadt - ob im nachbarschaftlichen Umfeld oder andernorts - ein Stückchen schöner zu gestalten".
Am 15. Mai beginnen um 10 Uhr die Aktionen überall in der Stadt - ob im Wohngebiet, am Bachlauf, auf dem Waldparkplatz oder in den Ortszentren. Jeder Einzelne ist aufgerufen!“ Alle Mitwirkenden sind anschließend zu einer großen Dankeschön-Party mit einem bunten Programm und familienfreundlichen Preisen eingeladen. Für interessierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Vereine, Schulen und Kindergärten hat das Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft eine Info-Hotline eingerichtet: Unter der Telefonnummer 77 55

Schulamt für die Stadt Bonn sucht Lehrkräfte für den Vertretungspool

Lehrkräfte für den Vertretungspool sucht das Schulamt für die Stadt Bonn jetzt per Internet. Unter www.bonn.de gibt es Infos zu den Einstellungsvoraussetzungen, Beschäftigungszeitraum und Vergütung. Interessenten können dort auch einen Bewerbungsbogen herunterladen. Die Bewerber sollten die Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bez. für die Primarstufe haben. Die Vertretungspool-Kräfte werden als Springer wechselnd an den Grundschulen eines Schulaufsichtsbezirks eingesetzt.

Zu Ostern noch ein nicht ganz politischer Hinweis

Eier müssen seit Januar 2004 einen sog. Erzeugercode tragen. Dieser besteht aus einer einstelligen Ziffer, die die Haltungsform kennzeichnet, zwei Buchstaben, die das Herkunftsland angeben und einem siebenstelligen Code, der für den Herkunftsbetrieb oder den Herkunftsstall stehen. Auf der Packung werden außerdem die Haltungsart und eine Erklärung dieses Codes angegeben. Die Eier besonders glücklicher Hühner tragen als erste Zahl im Stempel eine 0. Diese Hennen dürfen nämlich in Freilandhaltung leben und sind im Stall nur in Gesellschaft von sechs weiteren Tieren pro Quadratmeter. Dazu erhalten sie rein ökologisch erzeugtes Futter. Die Eier von Freilandhennen, deren Anzahl pro Quadratmeter höher sein darf, erhalten eine 1 pro Ei. Eier mit einer 2 als erster Ziffer stammen aus einer Bodenhaltung, das heißt, dass die Tiere in einem Stall mit Bodenauslauf gehalten werden, wobei pro Quadratmeter nicht mehr als neun Hennen herumlaufen dürfen. Wenn die Ziffer 3 als erste Zahl des Codes auf dem **Ei** erscheint, bedeutet dies, dass das tierische Produkt aus einer Käfighaltung stammt. Jedem Tier stehen dabei nur 550 Quadratzentimeter Platz zur Verfügung, die Tiere werden zu viert beziehungsweise zu sechst im Käfig gehalten.

Und zum Eierfärben sind am besten ungiftige Lebensmittelfarbe geeignet. Geben Sie diesen Tipp an die Osterhäsin oder -hasen weiter.

Impressum: newsletter der spd-stadtratsfraktion, nr. 3/04, 6.04.2004, V.i.S.d.P.:SPD-Stadtratsfraktion, Ulla Lührs, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101, Internet:http://www.bonn.de/spd, Mitarbeit in dieser Ausgabe: Wilfried Klein, Gerd Heidemann, Ulla Lührs, e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de, www.spd-bonn-im-rat.de